



Kein Finanzloch zu Lasten unserer Kinder!

Die FDP des Kantons Zürich lehnt die Volksinitiative "Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder" ab, über welche das Zürcher Stimmvolk am 30. November zu befinden hat. Mit einer eigenen Abstimmungskampagne begründet die FDP ihre ablehnende Haltung aus liberaler Sicht.

Das Abstimmungssujet der FDP-Kampagne zeigt ein grosses schwarzes Loch. Ein solches droht, wenn die Volksinitiative "Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder" am 30. November 2008 vom Zürcher Stimmvolk angenommen wird. Die Initiative verlangt, dass künftige Erträge der Nationalbank und weiteren staatlichen und parastaatlichen Institutionen vollumfänglich für den Schuldenabbau verwendet werden. Die Initiative scheint verlockend, würde aber viele neue Probleme schaffen.

Keine Gefährdung unserer Standortattraktivität und unserer Arbeitsplätze

Die Gründe aus liberaler Sicht gegen die "Schuldenwirtschaftsinitiative" sind klar:

- Der Kanton Zürich hat seine Hausaufgaben gemacht und seine Schulden in den letzten Jahren um gegen 3 Mia. Franken abgebaut.
- Ausschüttungen der Nationalbank werden wie Erträge von Beteiligungen (AXPO, ZKB usw.) als Einnahmen in der Erfolgsrechnung verbucht. Während andere Kantone die Ausschüttung für Steuersenkungen verwenden, reduzierte Zürich damit in den letzten Jahren seine Schulden.
Fallen die Ausschüttungen der Nationalbank künftig aus der Erfolgsrechnung wird der Handlungsspielraum des Kantons massiv eingeschränkt.
- Der Regierungsrat hat im Sommer ein Steuerpaket vorgelegt, welches dringend notwendige Steuererleichterungen bringen soll. Eine rasche Umsetzung tut Not, will Zürich seine Position im interkantonalen Steuerwettbewerb nicht weiter schwächen. Die Initiative gefährdet das Steuerpaket.
- Viele vom Volk beschlossene Grossinvestitionen kommen künftigen Generationen zu Gute. Wird die Regierung gezwungen, die Überschüsse vollumfänglich in den Schuldenabbau zu verwenden, würde Geld für Projekte wie die Glattalbahn, die Hochschulen oder die Fertigstellung der Autobahnstrecken (Hirzeltunnel, Oberlandautobahn) fehlen.
- Der Kantonsrat würde mit der Initiative finanziell aus der Verantwortung gezogen werden.

Ein Ja zur Initiative gefährdet die Attraktivität des Standorts Zürich und Arbeitsplätze. Beides sind thematische Schwerpunkte der FDP des Kantons Zürich. Aus diesen Gründen lehnen die Delegiertenversammlung, die Kantonsratsfraktion und der Parteivorstand die Volksinitiative "Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder" mit grossem Mehr ab.